

Dresdner Volkszeitung

Verlagsort: Dresden,
Verlag: A. G. Comp., Nr. 1268.

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Verlagsort:
Verlag: A. G. Comp., Dresden.

Abonnementpreis einschließlich Frangobrief monatlich 6,00 M., durch die Post
bezogen vierteljährlich 18,00 M., unter Kreuzband für Deutschland monatlich
8,50 M., Einzelnummer 20 Pf.
Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Schriftleitung: Wettinerplatz 10, Tel. 25261.
Erscheinung nur montags von 12 bis 1 Uhr.
Geschäftsstelle: Wettinerplatz 10, Tel. 45261.
Telefon 5144 seit 7 Uhr morgens bis 5 Uhr nachts.

Anzeigenpreis: die Spaltenbreite 1000 M., Familienanzeigen
1,50 M., die Spaltenbreite 600 M., bei mehrmaliger Wochengebung
Ermäßigung, Anzeigen sind im voraus zu bezahlen. Ohne Verpflichtung
zur Aufnahme an unbeschrifteten Tagen. Für Druckfehler keine Haftung.

Nr. 162

Dresden, Donnerstag den 14. Juli 1921

32. Jahrg.

Der Ruf nach Washington

Die Einladung zur Abrüstungskonferenz in Washington ist erfolgt und hat, wie die Mächte wissen, überall gute Zustimmung gefunden. Ob der Kreis der Teilnehmer auf die Siegerstaaten beschränkt bleibt, ob auch andere Mächte eingeladen werden, ist noch unbestimmt. Wahrscheinlich ist es aber, daß, wie in Amerika gemunkelt wird, auch Deutschland hinzugezogen wird. Und es ist eigentlich auch überflüssig, denn die Idee unserer Wehrmacht zu Lande und zur See hängt ja nicht von unserm freien Ermessen ab, sondern von dem Versailles Vertrag vorgegeben.

Den Anstoß zu der Konferenz gab das Verhältnis zwischen den Vereinigten Staaten und Japan. Beide Länder richteten sich auf den Stillen Ozean. Seit langem lagte zwischen ihnen ein bewaffneter Konflikt. Seit dem Ende des Weltkrieges mit einer gewissen Schwächung immer wieder darauf hingewiesen, daß es zwischen den zwei Mächten über den Ozean oder kurz zum blutigen Austrag der Frage kommen würde, wer künftig Herr des Stillen Ozeans und der Länder, die er umschließt, sein sollte. Deutsche Offiziere boten, je nachdem, welches der beiden Völker sie mehr liebten, der Union oder Japan ihre Dienste an. Man sprach von gebildeten Marineoffizieren, die in Kiel, in Hamburg und Bremen militärisch gebildete Kräfte, fernere Ärzte und Sanitätspersonal zu ungeschwehlich vorstellbaren Bedingungen verpflichteten.

Auch in Japan und den Vereinigten Staaten selber erregte man mit der Möglichkeit eines Krieges. Beweis dafür sind die gewaltigen Summen, die man haben und bräuben für Militärschwärme, besonders für den Ausbau der Kriegsmarine, bewilligte. In dem Völkerbund schien danach keiner der beiden Partner großes Vertrauen zu haben.

Aber — vestigia terrarum. Der Weltkrieg und seine Folgen wunden. Und so tauchte in Washington der Plan auf, sich über das Streitobjekt, wenn irgend möglich, gütlich zu einigen, wie etwa Rußland und England hinsichtlich Zentralasiens taten.

Zu der Konferenz mußte auch England hinzugezogen werden, das bekanntlich mit Japan im Bündnisverhältnis steht. Dies Bündnis, wenn es abgelassen, wieder erneuert werden darf, war der Gegenstand einer Reichskonferenz in London. Von den Dominions glaubten Südafrika und Kanada eine vertragliche Bindung Japans bezüchtigen zu können, Australien und Neuseeland jedoch, die englischen Gebiete, die im Falle eines Konflikts im Stillen Ozean den größten Gewinn ausgelegt wären, traten für Erneuerung des Bündnisses ein. Und ihnen schloß sich der Außenminister Curzon, der seit dem Grundgesetz vertrat, man müsse gemeinsam mit Japan, nicht gegen Japan, die britischen Interessen in China wahren, an. Da nun Tokio in London verhandelte, Japan feige, auf Konferenzen und Verträgen an der Regelung der asiatischen Fragen teilzunehmen, lag die Formulierung eines vollen Vertragsangebots, bei dem England das politische Übergewicht zwischen den beiden andern Mächten zu bilden hätte, nahe.

Friedliche Verständigung bedeutet für alle drei Mächte Abrüstung. Aber Harding mit Abrüstung übereinstimmend. Und überall. Und so ruft er zu einer Weltkonferenz, auf der die allgemeine Abrüstung zuerst, die politische Frage erst in zweiter Linie kommen soll. Mit dieser Einladung griff der Präsident abschließend die Anträge des Senats vor, nach denen nur mit Japan und England über einen „Höllensvertrag“ verhandelt werden sollte.

Der Konferenz ist ein ausgedehntes Programm zugewandt; es handelt sich zunächst darum, alle Möglichkeiten zu beseitigen, die zu internationalen Meinungsverschiedenheiten führen könnten. Zweitens soll die Verwendung giftiger Gase einem künftigen Kriege verhindert und der Gebrauch von Luftzeugen möglichst eingeschränkt werden. Als drittes Punkt wird die Frage der offenen Lär in Sibirien und China behandelt werden. Diese Angelegenheit wird am meisten zu streiten sein, da sich hier die Interessen Japans und die der Vereinigten Staaten äußerst scharf gegenüberstehen.

Die Eingeladenen haben alle ihre Beteiligung an der Washingtoner Konferenz zugesagt. Auch Frankreich. Aber es gibt Vorbehalte. Wären die Seemächte ihre Schiffbauanstalten, ihre Flotten verringern oder nicht, Frankreich sieht im Gleichgewicht gegenüber. Die Ambition, mit einer der drei Mächte zu See zu rivalisieren, hat es nicht. Aber: Abrüstung auch der Landstreitkräfte? Da kommen ihm Bedenken, nur unter einer Bedingung glaubt Paris im Falle der Abrüstung auch zu Lande zustimmen zu können: wenn man sie nämlich Frankreich, dem Hüter des Versailles Vertrags, erlasse. Höchstens dann, so lautet es, könne sich Frankreich auf das Abrüstungsprogramm einlassen, wenn es Deutschland nicht mehr gestattet würde, in den Rheinländern unmittelbar tätig zu sein; das heißt: erst die Annexion des belgischen Gebietes, dann Abrüstung.

Man ahnt schon jetzt, daß die Weltabrüstung in Washington so wenig erreicht wird wie auf früheren Konferenzen im Haag, dessen Friedenspalast ja noch immer als ein Schanddenkmal der internationalen Diplomatie

Konferenz und Konfliktkampfe zwischen den einzelnen wie zwischen ganzen Völkern sind notwendige Folgen des kapitalistischen Wirtschaftssystems, das auf Ausbeutung zielt. Und das dies nicht verschwindet, kann auch von einem erteilten Weltfrieden nicht die Rede sein.

Eine besondere Pacific-Konferenz?

London, 13. Juli. In künftigen politischen Kreisen glaubt man, daß es eventuell möglich sein wird, die Pacific-Konferenz von der Abrüstungskonferenz zu trennen. Sollte dieses möglich sein, so wird England nicht anornen sehen, wenn die Pacific-Konferenz nach London verlegt und vielleicht sofort im Anschluß an die Reichskonferenz abgehalten werden könnte.

Times schreiben: In politischen Kreisen wurde die Möglichkeit, daß Lord Curzon persönlich die Vertretung Englands in Washington übernehmen wird, als ein heftig diskutiertes, da Lord Curzon in England unbedingt nötig ist und die Rolle, die er auf der Abrüstungskonferenz und im Obersten Rat gespielt hat, nicht vergessen sei, das Vertrauen der anderen Vertreter zu gewinnen. Auch Curzon, der im Auswärtigen Amt so wenig Erfolg gehabt hat, wäre ebenfalls nicht in Frage kommen. Die Times nennen Grey, Chamberlain und Balfour als Bewerber dazu geeignet. — Der Bericht, daß man sich auch an Smith gewandt, der Konferenz in Washington betrug.

Der Kampf gegen England

Paris, 14. Juli. Der Kampf dreht sich die ganze Welt über Frankreich auf der Abrüstungskonferenz spielen. Denn, wenn die Konferenz von England abhängen würde, die Pacific-Konferenz würde von Lord Curzon abhängen, wie auch der Krieg im Osten ausbrechen würde, wenn England die politische Offensive nicht aufhebt. Die britische Unabhängigkeit wird nur dann hergestellt sein, wenn England sie einnimmt. Auch die französisch-deutschen Beziehungen werden anders aussehen, wenn es fest stünde, daß England sich mit Frankreich gegenüber Deutschland einig wäre. Durch die französisch-englische Verständigung läge es zu einem neuen Zusammenstoß zwischen Frankreich und Deutschland kommen. Das Problem des Stillen Ozeans ist nicht zu lösen, solange der deutsch-japanische Vertrag in Kraft bleibt und nicht in eine Gattente aller Nationen, die dort Kolonien haben, umgewandelt wird.

Die amerikanisch-deutschen Verhandlungen

London, 13. Juli. Präsident Harding hat im Senat mitgeteilt, daß die Abrüstungskonferenz die Verhandlungen zwischen den Vereinigten Staaten und Deutschland nicht verzögern dürfen.

Wandlungen in der U. S. P.

Nach der Landesversammlung der sozialistischen U. S. P. hat sich nun in den Vereinigten Staaten eine Konferenz auch die sozialistische unabhängige Partei nach einmal zur Tagesordnung gekehrt. Am allgemeinen wird auch in diesen Verhandlungen der Standpunkt vertreten, daß die Zeit gekommen sei, da über die Einigung und ihre Bedingungen gesprochen werden müsse und daß ein engeres Zusammenarbeiten für beide sozialistischen Parteien nötig sei. Die Verhandlung selbst ist erst möglich, sobald die gleichen politischen Grundansichten vom Teil der Massenkomplex vorhanden seien. Zum Beispiel müßten wir erst völlig loskommen von Partieren mit den bürgerlichen Parteien. Aber auch dieser Ton klingt nicht mehr ganz rein und ungebrochen. Die Unabhängigen wissen recht gut, daß ihre Unterstützung des Kabinetts nicht in der politischen Richtung auch auf ein Partieren mit bürgerlichen Parteien hinauskommt.

Leute im unabhängigen Lager, die von ihrer Stellung abgesehen werden, den Schwierigkeiten der Zeit müßig in die Papille zu gucken, haben das auch bereits erkannt und ausgedrückt. Auf der sozialistischen Landesversammlung der U. S. P. kam zur Sprache, daß der unabhängige Arbeiterminister Jackel in einer Parteiverammlung seines Wahlkreises bekannt habe, daß dort, wo eine rein sozialistische Regierung nicht möglich sei, die U. S. P. unter gewissen Umständen auch mit bürgerlichen Parteien zusammengehen müsse. Jackel behauptete dies noch einmal im Vereinig, indem er in einer persönlichen Bemerkung angab, daß er ein Zusammengehen mit Bürgerlichen in Sachen ablehne, im Reich dagegen unter gewissen Umständen für möglich halte. Dieses Bekenntnis Jackels ist wichtig. Galt man dazu die Konferenzen Frankreichs und Österreichs daneben, die in letzter Zeit in ähnlicher Richtung laut wurden, so zeigt sich, daß die Unabhängigen sich in der Frage des Zusammengehens mit den bürgerlichen Parteien durchaus nicht so einsig sind, wie die Rechtssozialisten. Wir stellen das hiermit fest, um die — milde gesprochen — naive Selbstüberschätzung zu charakterisieren, mit der auch das bürgerliche Lager das Partieren der Rechtssozialisten mit bürgerlichen Parteien abtun sucht.

Wenn die Unabhängigen heute noch glauben, daß eine gemeinsame parlamentarische Arbeit mit Vertretern der bürgerlichen Demokratie und des Zentrums eine Verlegung des Klassenkampfprinzips sei, so übersehen sie die Tatsache, daß

Die Washingtoner Konferenz

Washington, 14. Juli. Die Antworten der englischen und italienischen Regierungen auf die Einladung zur Konferenz sind hier eingetroffen. Die italienische Regierung hat die Einladung angenommen. Die englische Antwort wird noch veröffentlicht. Es wird aber nach den Erfahrungen Lord Georges im Unterhaus auf der Insel, daß sie aufstimmend lauten wird. Die japanische Regierung hat noch nicht geantwortet.

News, 14. Juli. Der japanische Vertreter der Konferenz ist mit der japanischen Regierung habe die Einladung zur Konferenz angenommen.

London, 14. Juli. Die Times melden, daß in der geteilten Sitzung der Reichskonferenz der Frage der Vertretung der englischen Regierung und der Regierungen der Dominions auf der Washingtoner Konferenz inoffiziell diskutiert wurde. Die Vertretung hat ein vorläufiges Bedürfnisverständnis über die politischen Fragen, betreffend des Stillen Ozeans, in London abgehalten werden muß, bevor die Teilnehmer der Dominions abreisen, wird gegenwärtig vom Präsidenten Harding geprüft.

Die deutsch-französischen Vereinbarungen

Eigene Drahtmeldung

Paris, 14. Juli. Der Vertrag bringt in einem Artikel nähere Einzelheiten über die Pariser Vereinbarungen. General Foch und Poincaré mit dem französischen Außenminister Bichard. Dieser Vereinbarung muß jedoch erst noch die Billigung der beiden Regierungen finden. Es wird darin ausgeführt:

Deutschland kann seine Schulden nicht allein in dem Maße zahlen und es muß auf die Lieferung von Waren zurückgegriffen. Wenn Frankreich deutsche Waren annehmen, muß ihm andererseits eine Zahlungsbilanzierung ermöglicht werden. Hierin müssen die Pariser Vereinbarungen sein, als für die unzulässig von Deutschland annehmen Goldschulden. Um diese Schulden zu lösen, hat man sich auf einen Organisationsplan geeinigt, der im wesentlichen darin besteht, die französischen Käufer in unzulässiger Verbindung mit den deutschen Verkäufern zu bringen. Die Zahlungen sollen durch die Vermittlung eines zum Stande im Leben zu ruhenden Amtes erfolgen, dem die französischen Käufer als Zahlungsmittel in Form von Wertpapieren übergeben. Das Amt übernimmt es, die deutschen Verkäufer in Markt auszugeben. Dieses System, das bereits bei der Weimarer Tagung im Auge gefaßt war, führt die Einigung der Staaten auf ein Minimum zurück.

Berner ist man dahin übereingekommen, dem doch im Westen an Ende zu machen. Die Kontrolle der Einfuhrkontingente nach dem Rheinland, die sich bis jetzt allein in den Händen der Rheinlandkommission befand, wird jetzt zusammen mit der deutschen Regierung ausgeübt werden. Weiter wird ein Amtungsbüro eingerichtet, bezüglich der französischen Lagerwaren geschaffen, um dem Verkauf ein Ende zu machen.

(Weitere Meldungen siehe Seite 8)

Die Kräfte der kämpfenden Klassen je nach ihrem wirtschaftlichen Kräftebereich schwanken und daß neben dem revolutionären Charakter einer Zeit auch die revolutionären Bedingungen nicht übersehen werden dürfen. Die großen Verdrängten des Sozialismus betonen nicht nur die Werte von der Revolutionierung der Gesellschaft und von ihrer Mission, durch das Proletariat, sondern sie verbinden gleichzeitig die gewalttätige Bedeutung der Entfaltung und der fortwährenden Emanzipation des Proletariats. Je nach dem Stande dieser Entwicklung nun ist der Stand der Klassenkampfes zu werten, ist die politische Macht der einzelnen Klassen und ihre Rolle zur Hebung der Gesellschaftsstruktur zu beurteilen. Die deutsche November-Revolution hat das Proletariat nicht aus den Ketten des Kapitalismus zu befreien vermocht. Wer dies von vornherein annehmen wollte, befand sich in einem geschichtlichen Irrtum, denn er überließ, daß der Ausbruch einer Revolution nicht das Ende einer abgeschlossenen Bewegung, sondern der Beginn einer neuen revolutionären Epoche ist. Alle Revolutionen nur nach anderen Ereignissen in ihren Anfängen datiert werden können, weil sie sich schon längst — wie bereits Kautsky treffend sagte — im Schoß der Gesellschaft entwickeln, so können Revolutionen nicht an einem bestimmten Tage abgeschlossen betrachtet werden, weil der revolutionäre Prozeß in seinen Auswicklungen dialektisch ist.

Die November-Revolution brachte jedoch für die Arbeiterklasse eine andere Revolution mit sich, wie diese sie vorher angenommen hatte. Die Arbeiter zur ersten Rationalisierung ergaben keine sozialistische Wehrkraft, vielmehr eine starke Widerheit der kapitalistischen Parteien und seitdem haben sich die Verhältnisse für die Arbeiterklasse noch ungünstiger entwickelt. Diese äußeren schmerzhaften Zusammenhänge — von den Kommunisten verständlich als Kausalität einer formalen Demokratie verstanden — sind doch für den Sozialisten bedeutungsvolle Hinweise, nach denen er seine Einstellung zu den Problemen der Arbeiterklasse zu richten hat. Der jeweilige Stand des proletarischen Klassenkampfes und seine Auswärtigen sind abhängig von dem jeweiligen Grade der politischen Macht der einzelnen Klassen. Aus diesem Gesichtspunkte heraus ergibt sich die Notwendigkeit — die gerade von der Sozialdemokratie als bittere Notwendigkeit empfunden wird —, mit einer bürgerlichen Partei oder auch mit mehreren eine Zwangscoalition einzugehen, die die